

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

# **FDP-Bundestagsfraktion**

11

12

13

## **Positionspapier**

14

15

16

17

### **Integration: Chancen nutzen – Zusammenhalt stärken**

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55

### **1. Allgemeines**

Deutschland ist seit Jahrzehnten ein Zuwanderungsland und wird es bleiben! Um bei der Integration voranzukommen, müssen wir Entschlossenheit zeigen und die Einhaltung bestimmter Regeln bei Integrationsverweigerung konsequenter durchsetzen. Das sind wir auch denjenigen Einwanderern schuldig, die friedlich und erfolgreich in Deutschland leben. Dass wir ein Zuwanderungsland sind, wurde lange geleugnet und die Integration von Zuwanderern von staatlicher Seite dem Zufall überlassen. Dieses Versäumnis hat zu manchen Problemen in unserer heutigen Gesellschaft geführt. Diese dürfen nicht tabuisiert werden, sondern müssen offen angesprochen und Lösungswege gesucht werden. Die aktuelle Debatte zur Integration muss versachlicht werden.

Die Debatte um die Integration von Migrantinnen und Migranten wird in Deutschland von den Rändern her geführt: Auf der einen Seite meinen einige, bestehende Probleme ließen sich aus der Biologie oder der Religion erklären. Ihre Analyse geht fehl und schürt lediglich Ressentiments und Ängste. Auf der anderen Seite meinen einige, sie könnten bestehende Probleme ignorieren. Sie stigmatisieren die Artikulation von Fakten. Jede lösungsorientierte Debatte wird damit unterbunden – auch und gerade zu Lasten der Migrantinnen und Migranten. Das führt zudem zu Politikverdross. Denn die Bürger erhalten den Eindruck, dass sich Politiker der Wirklichkeit verweigern.

Die FDP-Bundestagsfraktion möchte die Debatte in der politischen Mitte führen - durch nüchterne Analyse der Fakten und lösungsorientierte Vorschläge. Wir glauben mit unseren Grundprinzipien Leistung und Toleranz, Freiheit und Verantwortung, die Debatte besser vorantreiben zu können, als die anderen politischen Kräfte in Deutschland, die von den Rändern her argumentieren. Debatte bedeutet immer auch Austausch und Dialog. Daher verstehen wir unser vorliegendes Papier auch nicht als Ergebnis eines abgeschlossenen Prozesses, sondern als Impuls für einen Dialog um die besten Konzepte.

Die Politik muss Integration nicht nur fördern, sondern auch fordern. Zuwanderung und Integration kann nur gelingen, wenn Zuwanderer den Wunsch und Willen haben, sich in die Gesellschaft in Deutschland zu integrieren. Integration ist dann langfristig erfolgreich, wenn wir uns offen der Debatte stellen, wie die Gesellschaft in Deutschland in Zukunft aussehen soll. Welche Leitvision im Sinne einer langfristigen, strukturierten, strategischen Zielvorstellung wollen wir entwickeln? Zielstellungen und ein gemeinsames Leitbild sind unabdingbar für die Motivation von Migranten und insbesondere auch für unser Gemeinwesen.

Die Betroffenen müssen auch selbst bereit sein, sich den Herausforderungen der Integration zu stellen und diese aktiv zu unterstützen. Politik und Gesellschaft müssen dieses Ziel der Integration profiliert als bisher betonen, damit alle Beteiligten wissen, woran sie sind. Es gilt, unaufgeregt Lösungen zu erarbeiten. Statt Absonderung muss es das Ziel sein, dass der Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft gestärkt wird.

Dabei gilt: Eine Gesellschaft wird durch Vielfalt bereichert. Menschen unterschiedlicher Herkunft sind fester Bestandteil einer zukunftsweisenden liberalen Bürgergesellschaft. Wir wollen für jeden die Freiheit, sich auf Basis der individuellen Eigenschaften, Fähigkeiten, Kenntnisse und Neigungen zu entfalten. Allerdings kann unsere Gesellschaft diese Freiheiten für alle nur erreichen und erhalten, wenn sie sich auf fundamentale Gemeinsamkeiten einigt. Dazu gehören das Beherrschen der deutschen Sprache und die vorbehaltlose Akzeptanz der freiheitlich demokratischen Grundordnung und der Grundwerte, auf der diese beruht, einschließlich des daraus folgenden Rechtssystems. Eine richtig verstandene Integration muss auf Basis dieser Gemeinsamkeiten eine gemeinsame Identität, ein gemeinsames Wir-Gefühl stiften. Dann bieten Zuwanderung und Integration große

1 Chancen – für Deutschland wie für die Migranten. Die FDP tritt dafür ein, diese Chancen  
2 konsequent zu nutzen.

3  
4 Integration kann nur vor Ort gelingen. Deshalb müssen alle politischen und  
5 gesellschaftlichen Kräfte vernetzt zusammenarbeiten: die Familie, die Nachbarschaft,  
6 bürgerschaftliche Organisationen, Kommunen, Land und Bund sowie beispielsweise auch  
7 Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeber. Eine Kultur des beiderseitigen Respekts und der  
8 Anerkennung entsteht nur, wenn offene Diskussionen auf allen Ebenen geführt und  
9 Probleme auch benannt werden.

10  
11 Für die Politik ist es daher eine zentrale Aufgabe, deutlich zu machen, dass jeder  
12 unabhängig von seiner Herkunft oder Religion in unserer Gesellschaft ankommen,  
13 erfolgreich sein und aufsteigen kann. Denn sie ist eine liberale Gesellschaft der Toleranz und  
14 des Leistungsprinzips. Um diese Überzeugung zu stärken und mit ihr die Probleme  
15 abzubauen, schlagen wir vor:

## 16 17 18 19 **2. Forderungen**

### 20 21 **Integrationskurse**

22 Die Integrationskurse sind das wichtigste Instrument von Bundesseite bei der Integration. Die  
23 Sprach- und Orientierungskurse sind ein wichtiges Fundament für die Migranten. Die  
24 Kenntnis der deutschen Sprache ist unerlässliche Voraussetzung für Integration.

25 Uns ist es gelungen, trotz der angespannten Haushaltslage die Mittel im Vergleich zu 2009  
26 um 44 Millionen Euro auf 218 Millionen Euro aufzustocken, und aufgrund des großen  
27 Zuspruchs der Integrationskurse weitere 15 Millionen Euro aus dem laufenden Haushalt  
28 bereitzustellen. Wir bekennen uns zu dem finanziellen Engagement auch in Zukunft.  
29 Gleichzeitig muss die Effizienz der Mittelverwendung verbessert werden; eine regelmäßige  
30 Erfolgskontrolle ist sicherzustellen.

### 31 32 33 **Migranten in den öffentlichen Dienst, Kitas, Schulen**

34 Für die Integration ist es wichtig, dass entsprechend der regionalen Anforderungen auch im  
35 öffentlichen Dienst, in Kitas und Schulen Migranten bzw. Personen mit interkultureller  
36 Kompetenz tätig sind. Diese Vorbilder prägen gerade Kinder und Jugendliche positiv. Eine  
37 starre Quote oder weitere Bevorzugungen sind jedoch abzulehnen, da diese die gebotene  
38 Chancengleichheit aushebeln und sogar kontraproduktiv wirken könnten. Vielmehr muss  
39 gezielt fachlich geeignetes Personal mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst  
40 gewonnen werden.

41 Wir müssen Instrumente finden, die Schulpflicht konsequenter durchzusetzen. Dazu gehört  
42 auch, die Regelungen zu Bußgeldern bei Schulverweigerung anzuwenden.

43 Kinder und Jugendliche glauben an Chancen, wenn sie Vorbilder haben. Deshalb dürfen wir  
44 auch nicht nur über die Problemfälle, sondern müssen auch über die vielen Erfolgsfälle  
45 sprechen: all die Freiberufler, Unternehmer oder gesellschaftlich Engagierten mit  
46 Migrationshintergrund. Jeder soll sehen: Man kann etwas schaffen in unserem Land - mit  
47 oder ohne Migrationshintergrund.

### 48 49 50 **Sprachstandstests für alle Kinder im Alter von 4 Jahren**

51 Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Die Jüngsten in der Gesellschaft haben die  
52 leichtesten Chancen zum Spracherwerb. Es ist die Fürsorgepflicht des Staates, dafür zu  
53 sorgen, dass kein Kind abgehängt wird. Sprachstandstests für alle Kinder im Alter von 4  
54 Jahren sind Voraussetzung dafür, dass alle die gleichen Chancen haben. Bei Bedarf sind  
55 eine gezielte Sprachförderung vor der Schule sowie darüber hinausgehende  
56 unterrichtsbegleitende Sprachprogramme notwendig.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56

### **Eltern unterstützen und in die Pflicht nehmen**

Wir müssen Eltern verstärkt aufklären und befähigen, ihre Kinder zu unterstützen. Eltern müssen den Wert von Bildung für die Zukunft ihrer Kinder begreifen und ihre Möglichkeiten kennen. Dafür bedarf es spezieller Angebote für Eltern von Migrantenkindern, die Partizipation und Integration fördern. Programme zur kombinierten Sprachförderung von Eltern und Kindern zeigen vorbildliche Erfolge. Oft sind die Angebote für Kinder der beste Anknüpfungspunkt zur nachholenden Integrationsförderung für die Eltern. Dies gilt besonders für Mütter, die nicht im Berufsleben stehen und Sozialkontakte häufig innerhalb ihrer engen Gemeinschaft pflegen. Deshalb sollten sich solche Angebote besonders an die nicht erwerbstätigen Mütter richten, damit auch sie am Integrationsprozess beteiligt werden. Viele Familien sind sich der Bildungsaufgaben des 21. Jahrhunderts nicht bewusst und dafür nicht gerüstet. Für diese Familien sind vorschulische Bildungseinrichtungen und Beratung dringend notwendig, wenn ihre Kinder eine Chance in dieser Gesellschaft haben sollen.

Eltern sollen Verantwortung übernehmen und gesellschaftlich auch darauf hingewiesen werden können. Eltern, die sich beharrlich einer Zusammenarbeit mit Schulen, Jugendämtern und sonstigen Einrichtungen verweigern, müssen zukünftig deutlich mehr gefordert werden. Hierbei sind Bußgelder an die Eltern wegen Schulverweigerung ebenso wie die Überprüfung staatlicher Leistungen denkbar, wenn es beharrlich an der erforderlichen Kooperation zu Lasten der Kinder mangelt.

### **Nachholende Integration fördern**

Viel wird darüber diskutiert, dass über Jahrzehnte Integrationsbemühungen unterlassen worden sind. Die Einsicht, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, konnte sich erst spät durchsetzen. Unsere größte Herausforderung liegt in der nachholender Integrationspolitik. Durch die jahrzehntelangen Versäumnisse ist ein Teil der vor längerer Zeit Zugewanderten besonders schwer zu erreichen. Es gibt daher auch die Pflicht, die Migranten, die teilweise bereits seit Jahrzehnten im Land sind, beim Integrationsprozess mitzunehmen und nicht verloren zu geben. Vor allem die arbeitsmarktpolitischen Instrumente der nachholenden Integration sind daher gezielt zu fördern.

### **Jugendkriminalität**

Wo Kriminalprävention und Erziehungshilfen scheitern, müssen strafrechtliche Sanktionen rasch zur Anwendung kommen. Kriminelle müssen zeitnah und angemessen verurteilt werden. Die Jugendstrafverfahren müssen beschleunigt, die Zusammenarbeit und Verzahnung der Behörden zu diesem Zweck verbessert werden. Es muss möglich sein, Kinder und Jugendliche effektiv aus einer gewalttätigen Umgebung herauszunehmen und intensiv pädagogisch zu betreuen.

Ausländer, die eine Bedrohung für die öffentliche Sicherheit darstellen, müssen weiterhin ausgewiesen werden können. Unter Einhaltung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs ist darauf zu achten, dass auch bei Ermessensentscheidungen die Sicherheitsinteressen der Gesellschaft einen hohen Stellenwert genießen. Wer schwere Straftaten begeht und in diesem Fall deutlich macht, dass dadurch auch die Integration gescheitert ist, muss wissen, dass sein Aufenthalt in Deutschland beendet wird.

### **Integrationsvereinbarung**

Mittlerweile existieren auf Bund, Länder- und Kommunalebene eine Vielzahl von Angeboten für Neuzuwanderer und Migranten. Integration muss aber transparenter und verbindlicher werden. Hierzu wollen wir das Instrument der Integrationsvereinbarungen vorantreiben.

1 Diese Vereinbarungen sollen mit dem Migranten geschlossen und so – auch über einen  
2 Pflichtenkatalog - vor allem die erfolgreiche Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützt  
3 werden. Die dazu notwendigen Maßnahmen sollen mit dem Migranten individuell vereinbart  
4 und kontinuierlich überprüft werden. Die Zusammenarbeit der einzelnen Akteure und Ebenen  
5 soll verbessert werden.

6

### 7 **Bekämpfung der Zwangsheirat**

8 Eine eklatante Menschenrechtsverletzung wie die Zwangsheirat kann die wertebasierte,  
9 Gesellschaft in Deutschland nicht hinnehmen. Als effektiver Rechtsstaat muss sich  
10 Deutschland klar zu den Grundrechten eines jeden Individuums bekennen. Toleranz  
11 gegenüber den Tätern ist bei der Zwangsheirat fehl am Platz. Klare Regelungen sind  
12 notwendig. Ein eigenständiger Straftatbestand zur Bekämpfung der Zwangsheirat muss  
13 eingeführt werden. Diese Ächtung reicht jedoch alleine nicht aus: vielmehr müssen nicht nur  
14 die Täter bestraft, sondern auch die Opfer unterstützt werden. Es ist dringend notwendig, die  
15 praktischen und rechtlichen Hürden beim Rückkehrrecht für Zwangsverheiratete abzubauen.  
16

17

18

### 18 **Beschleunigte Einbürgerung**

19 Wir wollen, dass Migranten die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen. Gleichzeitig muss  
20 aber der Staat hier auch Integrationsanreize schaffen. Dass bei erfolgreich  
21 abgeschlossenem Integrationskurs die Mindestaufenthaltsdauer von acht auf sieben Jahre,  
22 bei besonderen Integrationsleistungen auf 6 Jahre verkürzt wird, ist begrüßenswert. Es sollte  
23 aber zusätzlich die Möglichkeit einer beschleunigten Einbürgerung nach 4 Jahren für  
24 ausgezeichnete Integrationsleistungen geschaffen werden. Feierliche Einbürgerungsfeiern  
25 bieten die sehr gute Möglichkeit, die neue Verbindung auch emotional zu verdeutlichen.  
26

27

28

### 28 **Religion als Integrationsfaktor einbeziehen**

29 Die Religionsfreiheit ist ein zentrales Grundrecht. Sie ist jedoch kein Freibrief, sondern findet  
30 ihre Grenzen in anderen Grundrechten unserer Verfassung. Toleranz gegenüber religiösen  
31 Überzeugungen und Praktiken endet da, wo die freiheitlich-demokratische Grundordnung in  
32 Frage gestellt wird, Menschen anderer Religion oder Weltanschauung diskriminiert oder  
33 Grundrechte verletzt werden. Vermeintlich religiöses Brauchtum oder Traditionen müssen  
34 kritisch hinterfragt werden, wo es insbesondere der Kultivierung von Werten dient, die im  
35 Widerspruch zur Werteordnung des Grundgesetzes stehen.  
36

37

38

### 38 **Aktiver Einsatz für Integration**

39 Die selbst gewählte Abschottung mancher Religionsgemeinschaften, religiösen Gruppen,  
40 Vereinen und Gemeinden steht im Widerspruch zur Integration und ist nicht akzeptabel. Der  
41 offene Dialog mit der Bevölkerung sowie anderen Religionsgemeinschaften und der  
42 erkennbare aktive Einsatz für volle gesellschaftliche Integration sind notwendig. Alle  
43 religiösen Verbände und Institute sollen verstärkt ermuntert werden, sich grundsätzlich der  
44 gesamten deutschsprachigen Bevölkerung gegenüber zu öffnen und Inhalte und  
45 Veranstaltungen in deutscher Sprache zu kommunizieren.  
46

47

48

### 48 **Akademische Verankerung des Islam**

49 Die Einrichtung von Lehrstühlen für islamische Theologie an deutschen Hochschulen, für die  
50 Ausbildung von deutschsprachigen Imamen und muslimischen Religionslehrern ist  
51 erforderlich. Die Errichtung einer Akademie für Islamstudien wird angestrebt, die öffentliche  
52 Stellen in Deutschland beraten und die Ausbildung von muslimischen Geistlichen und  
53 Religionslehrern in Deutschland fördern soll.  
54

55

### **Muslimischer Religionsunterricht an Schulen**

Muslime sind Teil der Gesellschaft in Deutschland. Dies muss sich auch im Schulunterricht widerspiegeln. Es muss selbstverständlich werden, dass islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache an den Schulen erteilt wird, sofern generell Religionsunterricht an staatlichen Schulen stattfindet. Dieser muss ein Religionsverständnis fördern, das in das Wertesystem des Grundgesetzes eingebettet ist. Dazu sollen grundsätzlich die Religionslehrer in Deutschland ausgebildet werden.

Das Bekenntnis zur islamischen Religion sowie zu anderen Religionen darf grundsätzlich nicht zur Befreiung an der Teilnahme von ordentlichen Unterrichtsfächern wie Sport- und Schwimmunterricht führen oder als Begründung für die Nichtteilnahme an Schullandheimaufenthalten herangezogen werden. Auch bei der Ausübung von religiösen Praktiken in Schulen muss durch die Schulleitung sichergestellt werden können, dass keine Absonderung entsteht und die Integration auch in die Schulgemeinschaft möglich bleibt.

### **Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse**

Die Gesellschaft in Deutschland kann es sich nicht leisten, die bestehenden Potenziale brach liegen zu lassen. Es ist angesichts des Fachkräftemangels dringend geboten, endlich für eine zeitnahe (Teil-)Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse zu sorgen. Die Einbindung der Migranten auf dem Arbeitsmarkt ist für ihr Selbstbewusstsein und Selbstverständnis wichtig; die Gesellschaft in Deutschland kann auf den wertvollen Beitrag der Migranten nicht verzichten.

### **Integration durch Arbeit**

Arbeit ist ein entscheidender Integrationsfaktor: Arbeit ermöglicht den Zuwanderern, finanziell auf eigenen Beinen zu stehen, fördert dadurch das Selbstwertgefühl nicht nur des Berufstätigen, sondern auch der Familienangehörigen, ermöglicht soziale Kontakte und schafft Akzeptanz in der Bevölkerung. Ein hoher sozialer Standard ist ein wesentliches und schützenswertes Merkmal unserer Gesellschaft sowie unseres Staates. Die hohen Sozialleistungen in Deutschland dürfen jedoch nicht dazu führen, falsche Anreize für die Zuwanderung in unser Land zu setzen. Es ist daher anhand der Erfahrungen klassischer Einwanderungsländer wie USA, Kanada und Australien zu überprüfen, ab wann und in welchem Umfang Zuwanderer zukünftig in den Genuss sozialer Leistungen kommen dürfen. Die stabilste Grundlage für eine erfolgreiche Integration und Zuwanderung ist eine legale Beschäftigung oder selbständige Arbeit und nicht die dauerhafte staatliche Transferleistung. Das Arbeitserlaubnisrecht soll dahingehend geändert werden, dass Ausländer, die rechtmäßig und nicht als Touristen in Deutschland leben, für die Dauer ihres erlaubten Aufenthalts die Genehmigung erhalten, für ihren eigenen Lebensunterhalt zu sorgen und einer Beschäftigung nachzugehen. Diese Genehmigung soll unabhängig von einer bestimmten Beschäftigung bei einem bestimmten Arbeitgeber gelten. Sie soll mit dem legalen Aufenthaltsstatus erteilt werden.

### **Fachkräftemangel durch transparente Zuwanderungskriterien beheben**

Der demographische Wandel zeigt, dass es nicht ausreicht, die bestehenden Potenziale durch den deutschen Arbeitsmarkt allein zu heben. Vielmehr ist die Gesellschaft in Deutschland auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Der Arbeitsmarkt ist längst international und der starke Wettbewerb um die besten Fachkräfte ist bereits länger Realität. Gesteuert, unbürokratisch und transparent kann diese Zuwanderung nur durch die Einführung eines zusammenhängenden und einfachen Kriterienkatalogs (Punktesystem) gestaltet werden. Den Erfolg, den die Einführung eines derartigen Systems zur Zuwanderungssteuerung für Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft nach sich zieht, kann man in Ländern wie Kanada sehen.

FDP-Zuwanderungspolitik bedeutet aktivierende und gezielte Zuwanderungspolitik. Wir wollen gezielt Menschen im Ausland für Deutschland interessieren, sie im In- und Ausland

1 ausbilden und Deutsch als Fremdsprache im Ausland fördern. Wir wollen zum beiderseitigen  
2 Vorteil Menschen aus anderen Ländern qualifizieren. Beides führt zu erheblichen Vorteilen  
3 für die jeweiligen Partnerländer und Deutschland. Dazu ist es notwendig, das  
4 Auslandskulturwesen erheblich zu stärken. Die Willkommenskultur beginnt schon dort.

5  
6

7 **Chancen und Nutzen von Zuwanderung herausstellen**

8 Missstände durch Zuwanderung und Integrationsdefizite dürfen nicht verschwiegen werden.  
9 In Deutschland ist es aber auch besonders nötig, die Erfolge und den Nutzen von  
10 Zuwanderung und Integration deutlich zu machen. Eine Gesellschaft, die nur über  
11 Integrationsdefizite jammert, wird niemanden zu Integrationsleistungen motivieren können.  
12 Erfolgreiche Integration in die Gesellschaft in Deutschland braucht mehr Anerkennung!

13  
14  
15

16 **Beschluss der FDP-Bundestagsfraktion vom 13. 09. 2010**

17  
18